



Nachrichten zum Terror und zum israelisch-palästinensischen Konflikt

19.-26. September 2017

Die Ereignisse im Überblick

- ▶ Diese Woche ereignete sich ein Schusswaffenattentat bei der westlich von Jerusalem gelegenen jüdischen Gemeinde Har Adar. Dabei starben drei Israeli und ein weiterer Israeli wurde schwer verletzt. Beim Attentäter handelt es sich um einen Palästinenser aus Bayit Surik, einen Familienvater mit vier Kindern mit gültiger Arbeitsbewilligung für die Region um die Demarkationslinie. Er hatte keine sicherheitsrelevante Vergangenheit, soll aber wegen schwerer häuslicher Gewalt aufgefallen sein.
- ▶ **Mahmoud Abbas und die Palästinensische Autonomiebehörde haben den Anschlag bislang nicht verurteilt.** Auf der offiziellen Facebook-Seite der Fatah wurden Posts veröffentlicht, die den Attentäter loben. Die Hamas begrüßte den Anschlag und ihre Aktivisten verteilten Süßigkeiten auf der Straße.
- ▶ Eine hochrangige Hamas-Delegation, angeführt von Moussa Abu Marzook , hielt sich in Moskau auf und traf mit offiziellen russischen Vertretern zusammen. Nach dem Besuch wurde mitgeteilt, dass die Hamas einen ständigen Vertreter der Organisation in Moskau ernannt hat, dessen Name aber noch nicht bekannt gegeben wurde.
- ▶ Nach der Erklärung der Hamas zur Auflösung des Administrativrates wurde mitgeteilt, dass die Regierung der Nationalen Einheit beschlossen habe, ihre nächste Sitzung im Gazastreifen abzuhalten. Es ist vorgesehen, dass sich die Minister am 2. Oktober 2017 in den Gazastreifen begeben, um den Prozess der Amtsübergabe einzuleiten.
- ▶ Bei seiner Rede vor der UN-Vollversammlung sagte Mahmoud Abbas, der Kampf gegen Israel werde auf der politischen Ebene geführt und das palästinensische Volk beabsichtige nicht, einen Terror- oder Religionskrieg zu führen. Der Terroranschlag bei Har Adar und der Umstand, dass die Palästinensische Autonomiebehörde ihn nicht verurteilte, zeigen einmal mehr, dass **der politische Kampf von Gewalt und Terror (so genanntem Volkswiderstand) begleitet ist, der von der Palästinensischen Autonomiebehörde Rückendeckung erhält.**

Schusswaffenattentat bei Har Adar

► In den Morgenstunden des 26. September 2017 ereignete sich ein Schusswaffenattentat bei Har Adar, nordwestlich von Jerusalem. Drei Israeli kamen ums Leben, ein weiterer Israeli wurde schwer verletzt. Eine vorläufige Zusammenfassung des Vorfalls:

◆ In den Morgenstunden, als Arbeiter aus Judäa und Samaria auf dem Weg zur Arbeit eine Kontrollstelle an der hinteren Einfahrt („Bidu-Gate“) zur Gemeinde Har Adar passierten, weckte ein Palästinenser, der den Kontrollpunkt passieren wollte, den Verdacht der dort stationierten Grenzwachsoldaten und des Wachpersonals. Sie leiteten sofort die Prozedur der Festnahme eines Verdächtigen ein und forderten ihn auf stehenzubleiben. In diesem Moment **zog der Palästinenser eine Faustfeuerwaffe aus seinem Hemd hervor und eröffnete das Feuer aus kurzer Distanz auf das Wachpersonal und die Soldaten. Diese erwiderten das Feuer und töteten den Angreifer. Bei dem Feuerwechsel kamen drei Israeli ums Leben: Ein Grenzwachsoldat und zwei Wachleute.** Ein weiterer Wachmann erlitt schwere Verletzungen.



Bilder vom Ort des Schusswaffenattentats (Twitter-Account PALINFO, 26. September 2017)

◆ Beim Attentäter handelte es sich um **Nimr Mahmoud Ahmed Jamal** (37) aus Bayt Surik, ein Dorf östlich von Har Adar. Er hatte vier Kinder und eine gültige Arbeitsbewilligung für die an die Demarkationslinie angrenzenden israelischen Gemeinden in Judäa und Samaria. Der Attentäter hatte **keine sicherheitsrelevante Vergangenheit**. Die Faustfeuerwaffe, die er bei dem Attentat benutzte, war eine **seit 2003 als gestohlen gemeldete Standardwaffe**. Nimr Jamal war durch schwere häusliche Gewalt aufgefallen (seine Frau flüchtete vor einigen Wochen nach Jordanien und ließ ihn allein mit den Kindern zurück). **Die israelischen Sicherheitskräfte verhängten eine Sperre über den Raum Bayt Surik.**



Links: Die Tatwaffe (Israelische Polizei, 26. September 2017; rechts: Terroraktivist Nimr Jamal (Facebook-Seite QUDSN, 26. September 2017)

◆ Wenige Stunden vor dem Anschlag **schickte der Attentäter seiner Schwiegermutter eine Mitteilung mit Selfies** und bat darum, sie **auf seiner Facebook-Seite zu posten**: “Wenn du am Morgen aufwachst, poste bitte diese Mitteilung auf meiner Seite. Du sollst kein schlechtes Gewissen haben, Allah sei mein Zeuge, dass meine Frau, Umm Bahaa, eine gute Ehefrau und Mutter mit Herz war und dass ich es gewesen bin, der sich ihr gegenüber hässlich benahm in törichter Eifersucht und mit scheußlichen Taten. Ich erkläre hiermit, dass was ihr morgen erfahren werdet, nichts mit meiner Frau zu tun hat. Mögest zu mir verzeihen (Facebook-Seite QUDSN, 26. September 2017).



**Die Mitteilung des Attentäters an seine Schwiegermutter
(Facebook-Seite QUSDN, 26. September 2017)**

► Eine Zusammenstellung der wichtigsten Reaktionen:

- ◆ **Die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa, die direkt dem Amt von Mahmoud Abbas untersteht, hat informativ über das Attentat berichtet** und dabei die Sprecherin der israelischen Polizei zitiert. In der Meldung wurde über den Tod eines jungen Palästinensers und dreier Israeli sowie die Verletzung eines vierten Israeli bei einem Schusswaffenattentat in Jerusalem berichtet (Wafa, 26. September 2017). **Bislang wurde keine Mitteilung verbreitet, die das Attentat verurteilt.**
- ◆ **Auf der offiziellen Facebook-Seite der Fatah** wurde nach dem Attentat ein Bild des Attentäters Nimr Jamal veröffentlicht, das **zahlreiche Posts mit Sympathiebezeugungen für den Attentäter nach sich zog**: „Lob sei dem Märtyrer beschieden“, „Allah möge sich seiner erbarmen, er möge in Frieden im Paradies ruhen“ (offizielle Facebook-Seite der Fatah, 26. September 2017).
- ◆ **Munir Al-Jaghoub**, der Leiter des Fatah-Informationsbüros, sagte, Israel trage aufgrund seiner Aktionen und der Gewalt gegen das palästinensische Volk die alleinige Verantwortung für jegliche israelfeindliche Reaktion (Facebook-Seite von QUSDN, 26. September 2017).
- ◆ **Die Hamas begrüßte das Attentat.** Hamas-Aktivisten im Gazastreifen verteilten Süßigkeiten auf der Straße. **Hamas-Politbüromitglied Hassam Badran** sagte, das Attentat sei als Reaktion auf die „Verbrechen Israels gegen das palästinensische Volk und die anhaltende Entweihung des Al-Aqsa-Heiligtums erfolgt. Das Attentat zeige, dass **die Al-Aqsa-Intifada andauere** (Hamas-Website, 26. September 2017).

◆ **Khaled Al-Batash, ein Führungsmitglied des Palästinensischen Islamischen Dschihads (PIJ) im Gazastreifen** bezeichnete die Terrorattacke als „Heldentat“ und als palästinensische Reaktion auf Trumps Plan der Vernichtung des palästinensischen Anliegens (Facebook-Seite QUSDN, 26. September 2017).



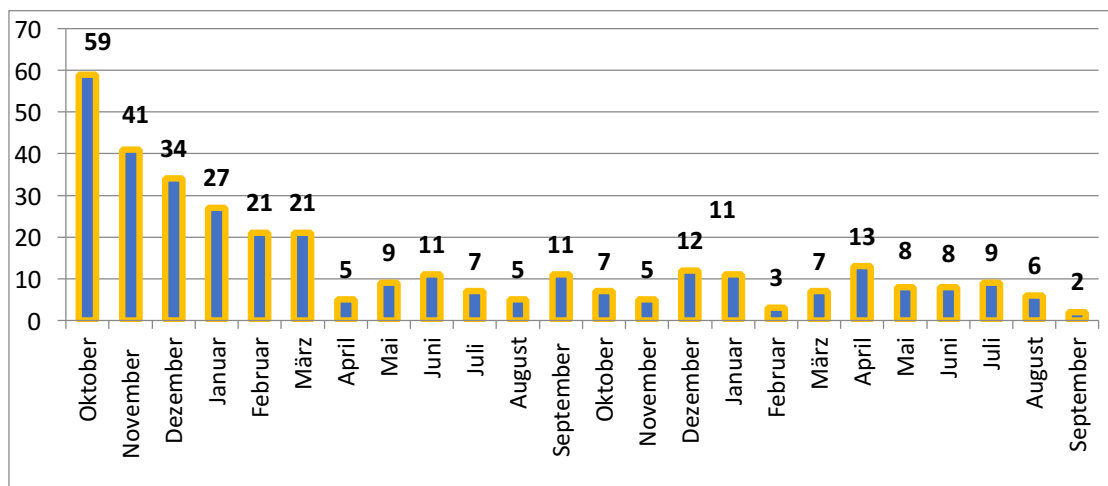
Hamas-Aktivisten im Gazastreifen verteilen Süßigkeiten auf der Straße als Ausdruck der Freude über die Terrorattacke bei Har Adar (Twitter-Account PALINFO, 26. September 2017)

Demonstrationen, Ausschreitungen und Zusammenstöße

► Im Verlaufe der Woche dauerten die Ausschreitungen und Demonstrationen in Judäa und Samaria an. Zudem wurden erneut Steine und Molotov-Cocktails geworfen. Bei Vereitlungsaktionen der israelischen Sicherheitskräfte in Judäa und Samaria wurden Terrorverdächtige verhaftet, Waffen beschlagnahmt und Gelder sichergestellt, die für die Finanzierung von Terrorakten bestimmt waren. Nachfolgend einige signifikante Vorfälle:

- ◆ **25. September 2017 – Auf der Straße Gush Etzion – Hebron bei Bayt Ummar** wurden Fahrzeuge mit Steinen beworfen. Dabei wurde niemand verletzt. Einige Fahrzeuge wurden jedoch beschädigt (Facebook-Seite Red Alert, 22. September 2017).
- ◆ **23. September 2017 –** Israelische Fahrzeuge auf der **Straße 443** (Verbindungsstraße zwischen Jerusalem-Tel Aviv) wurden **bei der Dor Alon-Tankstelle** mit Steinen beworfen. Ein Vater und sein Sohn wurden leicht durch Splitter verletzt, die Mutter erlitt einen Schock (Facebook-Seite Red Alert, 23. September 2017).
- ◆ **19. September 2017 –** Unbekannte warfen drei Molotov-Cocktails auf Fahrzeuge auf der **Straße Gush Etzion-Jerusalem beim Dorf Al-Khader**. Dabei kam niemand zu Schaden (Facebook-Seite Red Alert, 19. September 2017).

Signifikante Anschläge in den vergangenen 2 Jahren¹



Verhaftung von Terroraktivisten in Silwan (Ostjerusalem)

- Die israelischen Sicherheitskräfte **hoben eine Terrorzelle aus, deren Mitglieder die israelischen Staatsbürgerschaft besitzen und in Silwan in Ostjerusalem wohnhaft sind.**

Die Mitglieder der Zelle operierten zum Teile unter dem Namen „Geister von Silwan“. Acht Zellenmitglieder wurden verhaftet. Der Anführer der Zelle, **Mohammed Farukh** (39), israelischer Staatsbürger, **stand im Kontakt mit Aktivisten im Libanon und im Gazastreifen, um sich in ihren Dienst zu stellen und Finanzierung zu erhalten.**

- Beim Verhör der Zellenmitglieder stellte sich heraus, dass sie Schusswaffenattacken auf israelische Ziele in Silwan (israelische Fahrzeuge oder Häuser in einem Viertel mit jüdischer Bevölkerung) geplant hatten. Zu diesem Zweck planten sie den Kauf von Feuerwaffen. Zudem warfen Mitglieder der Zelle Molotov-Cocktails, Feuerwerkskörper und Steine auf die israelischen Sicherheitskräfte und deren Fahrzeuge. Bei einem solchen Vorfall am 6. August 2017 begossen sie ein Patrouillenfahrzeug mit Benzin, bevor sie es mit Molotov-Cocktails bewarfen. Gegen die Mitglieder der Terrorzelle wurde Anklage erhoben (Israelischer Inlandgeheimdienst, 19. September 2017).

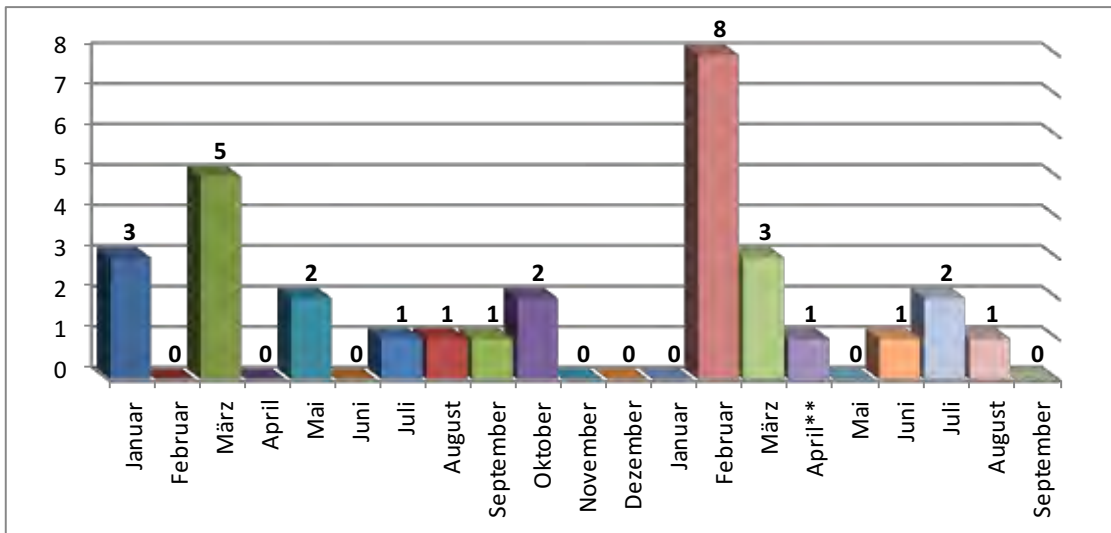
¹ Als "signifikante Anschläge" bezeichnen wir Schusswaffenattentate, Messerangriffe, Überfahransschläge, Bombenansschläge und eine Kombination solcher Anschläge. Stein- und Molotov-Cocktailwürfe zählen nicht dazu.

Südisrael

Raketenschuss

► Im Verlaufe der vergangenen Woche wurden keine Raketeneinschläge auf israelischem Gebiet registriert.

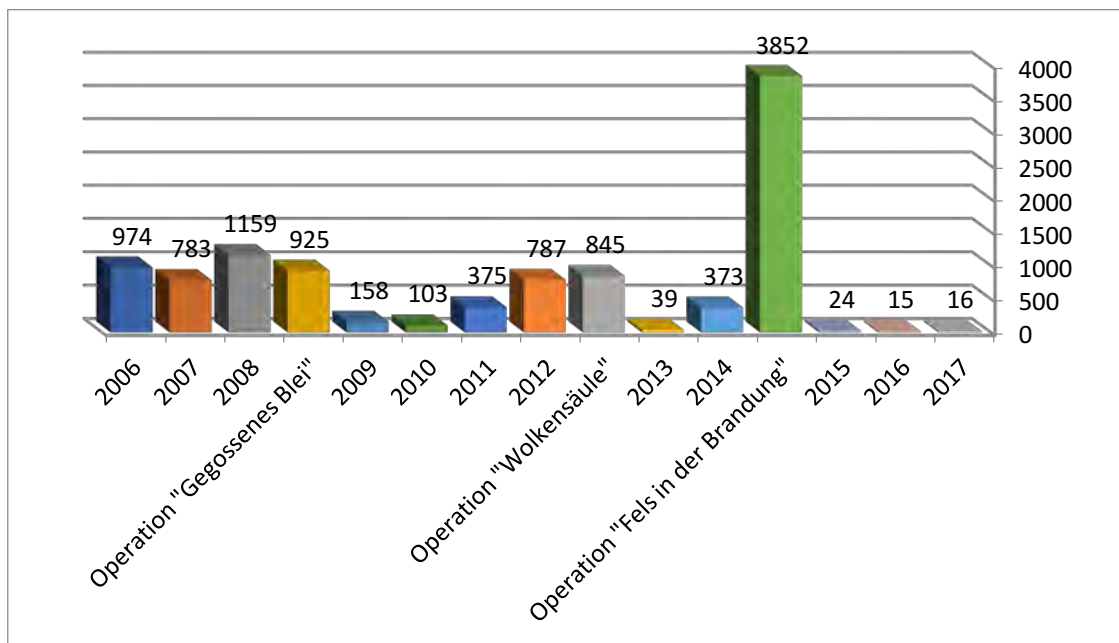
Raketeneinschläge nach Monaten gerechnet



*Sechs der Raketen, die im Februar auf israelischem Territorium niedergingen, wurden von der Sinai-Halbinsel aus abgeschossen, vermutlich von Aktivisten der „Provinz Sinai“ des IS.

** Im April schlug eine Rakete aus dem Sinai auf israelischem Gebiet ein. Sie wurde von Aktivisten der „Provinz Sinai“ des IS abgefeuert.

Raketeneinschläge nach Jahren gerechnet



Gazastreifen

Die humanitäre Situation im Gazastreifen

Die Stromversorgung

► **Der Leiter der Informationsabteilung der palästinensischen Elektrizitätsgesellschaft, Mohammed Thabet**, sagte, es fließe erneut Strom für jeweils nur 4 Stunden, gefolgt von 12 Stunden Strompause. Das sei darauf zurückzuführen, dass das Kraftwerk nur noch 45 statt 67 Megawatt Strom liefere. Er fügte hinzu, dass sämtliche Leitungen aus Ägypten nach Abschluss der Wartungsarbeiten wieder in Betrieb genommen worden seien (Dunia Al-Watan, 23. September 2017).

Der Wiederaufbau von Wohnhäusern

► **Mofeed Al-Hasayneh, der Minister für Wohnungsbau und öffentliche Bauprojekte der Palästinensischen Autonomiebehörde**, sagte, von den elftausend Häusern, die während der israelischen Militäroperation „Fels in der Brandung“ zerstört worden seien, seien **80% wieder vollständig instandgesetzt**. Der Gazastreifen benötige derzeit noch die Summe von 150 Millionen Dollar, um den Wiederaufbauprozess abzuschließen, damit die Bewohner in ihre Häuser zurückkehren könnten (Ma'an, 20. September 2017).

UNRWA

► Gestützt auf einen Antrag in der UN-Vollversammlung wurde ein Bericht veröffentlicht, der den Mitgliedsstaaten vorgestellt wurde und Wege aufzeigen soll, wie die UNRWA weiterhin finanziert werden könnte, um deren Weiterbestehen zu garantieren. Der Bericht zeigt neue Finanzierungsmöglichkeiten auf, etwa durch die Weltbank und durch die Islamische Entwicklungsbank. Der UN-Generalsekretär Antonio Guterres sagte, die humanitäre Hilfe für die palästinensischen Flüchtlinge durch die UNRWA sei aufrechtzuerhalten und betonte, es bestehe dringender Handlungsbedarf, ansonsten drohten die Geldquellen der Organisation binnen Wochen zu versiegen (Website der Vereinten Nationen, 23. September 2017).

► Die österreichische Regierung überwies der UNRWA 1,5 Millionen Euro zur Unterstützung eines medizinischen Projekts in den Palästinensischen Autonomiegebieten. Österreich zählt zu den größten Geldgebern der UNRWA. Das Land hat seit 2007 über 21 Millionen an diese Organisation überwiesen (Alresala.net, 22. September 2017).

Besuch des UN-Sondergesandten im Gazastreifen

► **Nikolay Mladenov, der UN-Sondergesandte für den Nahen Osten** besuchte den Gazastreifen in Begleitung seiner Assistenten. Er wurde vom Chef des Hamas-Politbüros, Ismail Haniyeh, empfangen. Am Treffen nahmen der Leiter des Hamas-Politbüros im Gazastreifen, Yahya Al-Sinwar, und die Hamas-Führungsmitglieder Khalil Al-Haya, Nizar Awadalla und Salah Al-Bardawil teil. Bei dem Gespräch berichtete Haniyeh über die Verhandlungen in Kairo, über die Versöhnungsfrage sowie über die humanitäre Lage im Gazastreifen (Website der Hamas, 25. September 2017).

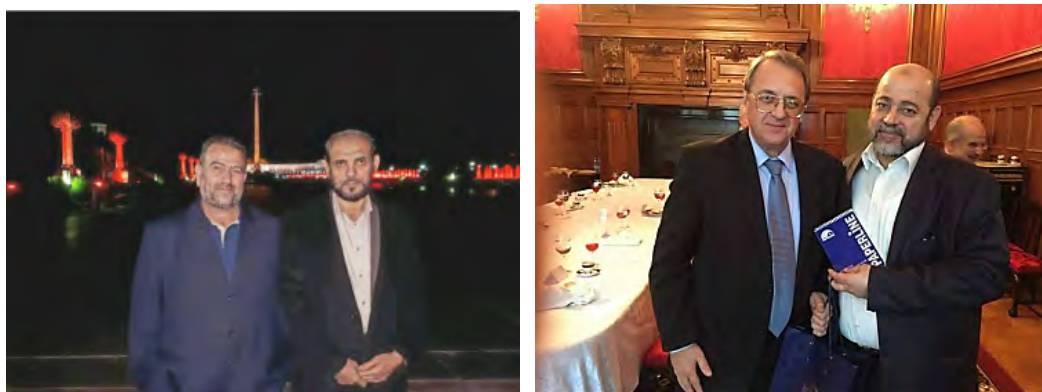
► An einer Pressekonferenz begrüßte Mladenov den Beschluss der Hamas, den Administrativrat aufzulösen und betonte, diese Verständigungen seien ohne Ägypten nicht möglich gewesen. Zudem äußerte er die Hoffnung, dass die palästinensische Regierung Vertreter in den Gazastreifen schickt, um die Verantwortung für die dortige Verwaltung zu übernehmen. Ein solcher Schritt werde dazu beitragen, die Blockade des Gazastreifens aufzuheben (Ma'an, 25. September 2017).



**Links: Mladenov bei einem Treffen mit führenden Hamas-Vertretern
(Hamas-Website, 25. September 2017);
rechts: Nikolay Mladenov hält eine Pressekonferenz in Gaza (Ma'an, 25. September 2017)**

Besuch von Hamas-Vertretern in Russland

► Eine hochrangige Delegation von Hamas-Vertretern „im Exil“ unter der Führung von Hamas-Politbüromitglied Moussa Abu Marzook und Salah Al-Arouri traf am 19. September 2017 mit russischen Vertretern in Russland zusammen. Laut Moussa Abu Marzook traf die Delegation den russischen Vizeaußenminister Michail Bogdanov und weitere hochrangige Beamte im russischen Außenministerium. Die Hamas-Delegation bat ihre Gastgeber um Unterstützung bei der Beendigung der „Blockade“ des Gazastreifens. Zudem baten die Delegation Russland, auf internationaler Ebene zu wirken, um die USA daran zu hindern, Druck auf die Hamas auszuüben oder Sanktionen gegen sie zu verhängen. Abu Marzook zufolge betonte der russische Außenminister, **Russland betrachte die Hamas nicht als** Terrororganisation, sondern als signifikanten palästinensischen Faktor, der bei fairen Wahlen gesiegt habe. Er bemerkte, er habe den Eindruck gewonnen, dass Russland gewillt sei, eine aktive Rolle bei künftigen Dialogen zu spielen (Al-Hayat, 22. September 2017).



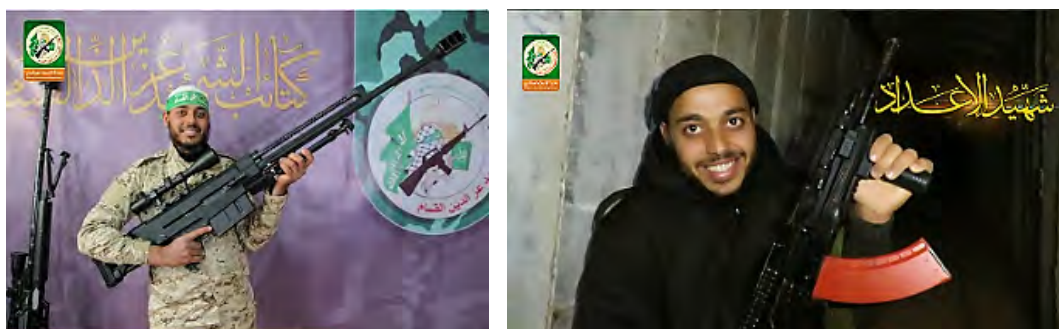
Links: Ein Bild, das Hassam Badran auf seinem Twitter-Account veröffentlichte: Hassam Badran und Saleh Al-Arouri mit den Lichtern Moskaus im Hintergrund (Twitter-Account von Hassam Badran, 21. September 2017); rechts: Moussa Abu Marzook, stellvertretender Leiter des Hamas-Politbüros, mit dem russischen Vizeaußenminister Michail Bogdanov (Hamas-Website, 21. September 2017)

► Nach dem Besuch der Hamas-Delegation in Russland wurde die Ernennung eines ständigen Vertreters der Organisation in Russland mitgeteilt. Die Hamas gab den Namen des Vertreters nicht bekannt. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die Hamas über offizielle Vertreter in mehreren Ländern wie dem Libanon, Iran und Jemen verfügt und dass neulich eine Vertretung in Algerien eröffnet worden sei. Zudem sei vereinbart worden, dass das Hamas-Führungsmitglied Rawhi Mushtaha einstweilen in Kairo

bleibe, um die gemeinsamen Themen weiterzuverfolgen (Al-Quds Al-Arabi, 23. September 2017).

Ein Toter in den Reihen des militärischen Arms der Hamas

► Der militärische Arm der Hamas gab den Tod von Hani Faradj Shalouf (24) aus dem Al-Shabura-Viertel von Rafah bekannt. Laut einem Sprecher des Gesundheitsministeriums im Gazastreifen, war Shalouf ein Aktivist einer Pioniereinheit des militärischen Arms der Hamas und seit 2011 mit dem Tunnelbau beschäftigt. Er sei bei Arbeiten in einem Tunnel in Rafah an einem Stromschlag gestorben (Website des militärischen Arms der Hamas, 19./20. September 2017; Filastin Al-A'an, 19. September 2017).



Hani Shalouf (Website des militärischen Arms der Hamas, 20. September 2017)

Hochrangige Hamas-Delegation kehrt aus Ägypten zurück

► Die Hamas-Delegation unter der Leitung des Hamas-Politbüromitglieds Ismail Haniyeh kehrte nach zehntägigem Besuch in Ägypten in den Gazastreifen zurück (Al-Quds, 19. September 2017). An einer Pressekonferenz am Grenzübergang Rafah sagte Haniyeh, der Besuch der Hamas-Delegation sei erfolgreich gewesen und habe wichtige Resultate erreicht. Neben der Frage der Versöhnung habe man auch fünf weitere wichtige Themen behandelt, darunter vor allem die außenpolitische Situation und die Palästinenserfrage. Ein weiteres Thema sei zudem das bilaterale Verhältnis zu Ägypten gewesen.

► Haniyeh betonte, der Besuch in Ägypten habe das „strategische Fundament“ für das Verhältnis zwischen der Hamas und Ägypten gelegt. Die Gespräche hätten auch die Sicherheitsfrage behandelt. Dabei sei die gegenwärtige Lage in der Grenzregion und am Grenzübergang Rafah erörtert worden, und die Hamas habe betont, dass man die nationalen Sicherheits- und Stabilitätsinteressen Ägyptens anerkenne und respektiere. Ein weiteres Thema sei die „Blockade“ des Gazastreifens und die Krise gewesen, in der er sich befinde. Haniyeh äußert die Hoffnung, dass der Besuch in dieser Beziehung Früchte tragen

werde, ohne auf spezifische Schritte oder diesbezügliche Zusagen Ägyptens einzugehen (Hamas-Website, 19. September 2017).



Ismail Haniyeh, Yahya Al-Sinwar und Khalil Al-Haya halten eine Pressekonferenz am Grenzübergang bei ihrer Rückkehr in den Gazastreifen (Hamas-Website, 19. September 2017)

Die innerpalästinensische Versöhnung

Die Auflösung des Administrativrates und Vorbereitungen zur Übergabe der Verantwortung über die Regierungsinstitutionen an die Regierung der Nationalen Einheit

► Bei der Rückkehr der Hamas-Delegation aus Ägypten sagte Ismail Haniyeh, die Hamas habe beschlossen, den Administrativrat aufzulösen. Die Hamas habe mit diesem Beschluss einen riesigen Schritt vorwärts getan und von Seiten der Hamas stehe der Versöhnung nun nichts mehr im Wege. **Der Administrativrat habe seine Tätigkeit bereits mit sofortiger Wirkung eingestellt.** Er lud die Regierung der Nationalen Einheit zu Gesprächen in Gaza und Kairo ein, um die Übergabe der Regierungsverantwortung vorzubereiten und rief die palästinensische Regierung auf, sämtliche palästinensischen Fraktionen zu einer Sitzung einzuberufen (Hamas-Website, 19. September 2017).

► Am 25. September 2017 gab **der Sprecher der Nationalen Einheit, Yusuf Al-Mahmoudi**, bekannt, Premierminister Rami Hamdallah habe nach Beratungen mit Mahmoud Abbas beschlossen, **die nächste Regierungssitzung im Gazastreifen abzuhalten** (Wafa, 25. September 2017). **Der Minister für zivile Angelegenheiten, Hussein Al-Sheikh**, teilte mit, die Regierung der Nationalen Einheit, sämtliche Minister und Leiter von Ämtern, einschließlich der Sicherheitskräfte, würden sich **am 2. Oktober 2017 in den Gazastreifen begeben, um die Verantwortungsübergabe einzuleiten**. Die Regierung sei bereit, sofort nach ihrer Ankunft die Verantwortung über die Grenzübergänge und die Büros der einzelnen Ämter zu übernehmen (Ma'an, 25. September 2017). Zudem würden sich zwei ägyptische Vertreter in den Gazastreifen begeben, um die Einhaltung und Umsetzung der erzielten Vereinbarungen zu überwachen (Palästinensisches Fernsehen, 25. September 2017).

► **Hamas-Sprecher Abdel Latif Al-Qanu** begrüßte den Beschluss des Premierministers der Regierung der Nationalen Einheit, die nächste wöchentliche Sitzung im Gazastreifen abzuhalten und wünschte ihr Erfolg bei der Ausübung ihrer Tätigkeit. Die Palästinensische Autonomiebehörde müsse die Maßnahmen rückgängig machen, die sie gegen den Gazastreifen eingeleitet habe (Shehab, 25. September 2017). Das Hamas-Führungsmitglied Khalil Al-Haya sagte, die Hamas werde dafür sorgen, sämtliche Voraussetzungen zu erfüllen, damit die Regierung der Nationalen Einheit ihre Aufgabe nach ihrer Ankunft im Gazastreifen erfolgreich wahrnehmen könne (Wafa, 25. September 2017).

► In diesem Zusammenhang wurde berichtet, dass nachdem die Mitglieder des Administrativrates ihre Büros verlassen hätten, die Hamas **sämtliche Vorbereitungen für die Übergabe der Ämter in Gaza an die Regierung der Nationalen Einheit** getroffen habe. Die Hamas habe zudem die hohen Beamten in den Ämtern angewiesen, vollständig mit den Ministern zu kooperieren und alles Notwendige zu unternehmen, um die Amtsübergabe erfolgreich abzuschließen (Al-Quds Al-Arabi, 21. September 2017).

► **Laut Nabil Shaath, dem Berater des Vorsitzenden der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, für außenpolitische Angelegenheiten und internationale Beziehungen,** sind einige Fragen noch offen, wie etwa die Frage der Kontrolle über die Sicherheit im Gazastreifen und die Frage der Beamten. Er sagte jedoch, es handle sich um einen Prozess und dass das Vertrauen zwischen den Parteien nach Abschluss des Dialogs wieder vollständig hergestellt werden würde. Shaath betonte, der Vorsitzende der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, werde die Maßnahmen rückgängig machen, die er gegen den Gazastreifen angeordnet habe, wenn die Hamas sich verpflichte, die Vereinbarungen umzusetzen und stellte klar, dass wenn die Hamas der Regierung der Nationalen Einheit die Regierungsgewalt im Gazastreifen überbebe und Mahmoud Abbas daraufhin jene Maßnahmen annulliere, werde das Vertrauen zwischen den Parteien wieder hergestellt (Al-Quds Al-Arabi, 21. September 2017).

Die Palästinensische Autonomiebehörde

Die Rede von Mahmoud Abbas vor der UN-Vollversammlung

► Die Rede von Mahmoud Abbas konzentrierte sich auf den Aufruf an die Welt, die Rettung des Friedensprozesses und der Zwei-Staatenlösung in den Grenzen von 1967 zu unterstützen. Er übte scharfe Kritik an Israel für die Fortsetzung der „Besatzung“ und für die Weigerung, einen palästinensischen Staat anzuerkennen. Er teilte mit, er habe den Internationalen Gerichtshof (ICC) in Haag aufgefordert, Untersuchungen gegen hohe israelische Regierungsvertreter einzuleiten und merkte an, die Palästinensische Autonomiebehörde weitere internationale Abkommen unterzeichnen und sich weiteren internationalen Organisationen anschließen.

► Eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte der Rede von Mahmoud Abbas (Wafa, 20. September 2017):

◆ **Der Friedensprozess:** Mahmoud Abbas stellte die Grundsätze vor, die seiner Meinung nach **zur Rettung des Friedensprozesses und der Zwei-Staatenlösung** führen würden und rief die Vereinten Nationen und die Mitgliedsstaaten auf, sich für diese Ziele einzusetzen. Mahmoud Abbas forderte die Festlegung eines klaren Zeitrahmens für die Beendigung der Besatzung, die Umsetzung der arabischen Friedensinitiative und des Baustopps für jüdische Siedlungen in den Palästinensergebieten. Er rief die internationale Gemeinschaft auf, das „koloniale Siedlerregime“ nicht zu unterstützen und bat, dem palästinensischen Volk Schutz und finanzielle Hilfe zu gewähren.

◆ **Israel:** Mahmoud Abbas warf Israel vor, die Anerkennung eines Palästinenserstaates in den Grenzen von 1967 zu verweigern, eine Verschleppungspolitik zu betreiben und mit Listen und Ausreden zu versuchen, sich der Verantwortung für die Beendigung der Besatzung zu entziehen. Er stellte klar, dass diese israelische Politik im Widerspruch zu der Politik der Palästinenser stehe, die Israel in den Grenzen von 1967 anerkennen würden und im Widerspruch zu den Grundsätzen des Osloer Abkommens. Abbas bezeichnete die Fortsetzung der Besatzung als „Schandfleck Israels“. Die Annexion Ostjerusalems und der Golanhöhen durch Israel sei zudem völkerrechtlich illegal. Die Autonomiebehörde habe deshalb den Internationalen Gerichtshof aufgefordert, **eine Untersuchung gegen hochrangige israelische Vertreter im Zusammenhang mit den jüdischen Siedlungen und der Verletzung der Rechte der Palästinenser einzuleiten**. Die Palästinensische Autonomiebehörde werde weitere internationale Abkommen unterzeichnen und weiteren internationalen Organisationen beitreten, um ihre Stellung in den Vereinten Nationen zu stärken.

◆ **Terror:** Mahmoud Abbas betonte, er sei **gegen jegliche Form des Terrors** und die Beendigung der Besatzung sei eine unabdingbare Voraussetzung für die Bekämpfung des Terror. Die israelische Politik in Ostjerusalem sei ein „Spiel mit dem Feuer“, da sie religiöse Gefühle anfache, die sich zu einem Religionskrieg ausweiten könnten. **Doch der Kampf werde auf politischer Ebene geführt und das palästinensische Volk sei weder dem Terror noch dem Religionskrieg zugeneigt**, sagte Abbas (Wafa, 20. September 2017).

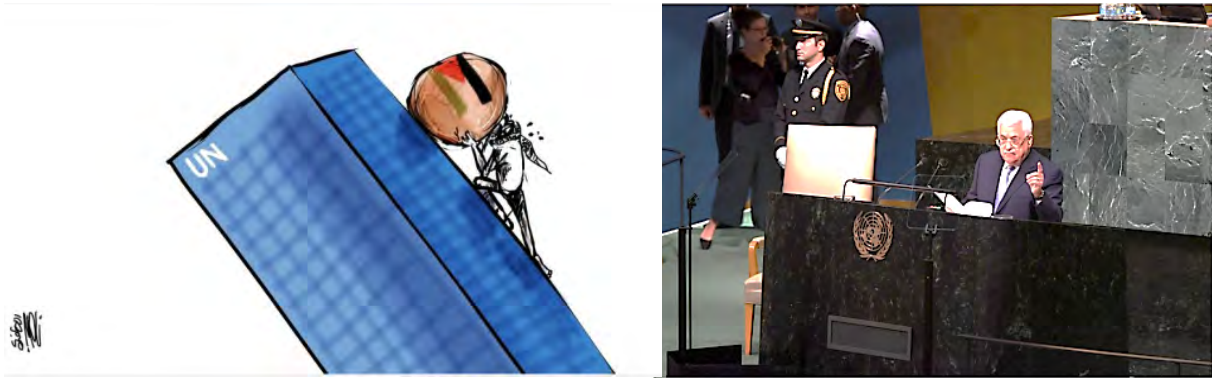
◆ **Die Begleichung einer historischen Rechnung:** Mahmoud Abbas forderte einmal mehr das **Vereinigte Königreich auf, das historische Unrecht der Balfour-Deklaration anzuerkennen und die Palästinenser dafür zu entschädigen.** Die Weltgemeinschaft rief er auf, Israel für die Verletzung der UN-Resolutionen 194 (Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge) und 2334 (illegaler Status der jüdischen Siedlungen) zu bestrafen. Zudem sei Israel für die Nichtumsetzung des Teilungsplanes zu bestrafen und die Anerkennung Israels auf das Gebiet innerhalb der Grenzen von 1967 zu beschränken.

► **Vor der Rede fand ein Treffen zwischen Mahmoud Abbas und US-Präsident Donald Trump statt.** In einer gemeinsamen Erklärung vor dem Treffen, äußerte Trump Zuversicht im Hinblick auf die Chancen der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und sagte, er werde alles in seiner Macht stehende unternehmen, um ein Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde zu erreichen (Website des Weißen Hauses, 20. September 2017).

Reaktionen auf die Rede

► Die Rede von Mahmoud Abbas wurde von hochrangigen Vertretern der Palästinensischen Autonomiebehörde positiv aufgenommen:

- ◆ In einer Erklärung im Namen des **PLO-Exekutivrates sagte Hanan Ashrawi**, die Rede habe eine klare Botschaft für die Stärkung der grundlegenden legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes vermittelt. Mahmoud Abbas habe die Fragen in seiner Rede im richtigen Licht dargestellt. Dies verpflichte die internationale Gemeinschaft, ihre Gesetze und Beschlüsse einzuhalten und politische und humanitäre Verantwortung für das palästinensische Volk zu übernehmen (Dunia Al-Watan, 21. September 2017).
- ◆ Laut Außenminister Riyad Al-Maliki besteht nun ein internationaler Konsens über die Zwei-Staatenlösung. Die Palästinensische Autonomiebehörde habe jahrelang auf dieses Ziel hingearbeitet. Er fügte hinzu, dass die Alternative der Zwei-Staatenlösung die Ein-Staatenlösung sei (Ma'an, 22. September 2017).



Link: Karikatur der in Ostjerusalem erscheinenden palästinensischen Tageszeitung Al-Quds, die die Schwierigkeiten zum Ausdruck bringt, mit der die Palästinensische Autonomiebehörde bei der Förderung ihrer Anliegen in den Vereinten Nationen konfrontiert ist (Al-Quds, 21. September 2017); rechts: Mahmoud Abbas spricht zu der UN-Vollversammlung in New York (Wafa, 21. September 2017)

- ▶ **Der Hamas-Sprecher Fawzi Barhoum** kritisierte den Teil der Rede im Zusammenhang mit dem Friedensprozess, der auf dem “gescheiterten Ansatz der Verhandlungen und Arrangement“ mit der Besatzung beruhten. Er sagte, Mahmoud Abbas habe leider keine Unterscheidung getroffen zwischen dem „legitimen Widerstand“ des palästinensischen Volkes und der israelischen Besatzung, welche die schlimmste Form des Terrors darstelle (Hamas-Website, 21. September 2017).

Die Äußerungen eines PLO-Vertreters an einer Konferenz in Washington, DC

► Der Vertreter der PLO in Washington, Husam Zomlot, hielt eine Rede vor einer Konferenz des American-Arab Anti-Discrimination Committee (ADC). Dabei sagte er, **im amerikanischen Kongress finde derzeit eine politische Kampagne statt**. 25 vorbereitete Gesetzesentwürfe würden eingebracht, wenn die Palästinenser die Mitgliedschaft in UN-Agenturen beantragen sollten. Ein solcher Gesetzesvorschlag betreffe die Kürzung der Finanzhilfe für die Palästinenser als Druckmittel gegen die Palästinensische Autonomiebehörde, um sie zu zwingen, die Unterstützung der Familien von palästinensischen Häftlingen in israelischen Gefängnissen und Märtyrer aufzugeben. Laut Zomlot **hat der Kongress der palästinensischen Führung gegenüber deutlich gemacht, dass die Unterstützung der Häftlinge und Märtyrer aufhören muss. Er betonte jedoch, dass die palästinensische Führung ihrer Verpflichtung gegenüber den Familien der Häftlinge und Märtyrer erste Priorität einräumt und die Palästinensische Autonomiebehörde das für sie bestimmte Budget nicht kürzen wird** (Ma'an, 26. September 2017).



Husam Zomlot an einer ADC-Konferenz in Washington, DC
(Facebook-Seite von Husam Zomlot, 24. September 2017)

Anstrengungen der Palästinensischen Autonomiebehörde zur Aufnahme in internationale Organisationen

Interpol

Trotz diplomatischer Bemühungen Israels gegen die Aufnahme der Palästinensischen Autonomiebehörde in die Internationale Polizeiorganisation Interpol mit der Begründung, dass die Autonomiebehörde die Kriterien für einen Staat nicht erfülle, **beschloss der Exekutivrat der Interpol das Aufnahmegesuch der Palästinensischen Autonomiebehörde der Vollversammlung vorzulegen, die am 27. September 2017 in Peking zusammentritt** (Ma'an, 25. September 2017).

► **Das Außenministerium der Regierung der Nationalen Einheit** verurteilte die Versuche der israelischen Regierung scharf, die Aufnahmebemühungen der Palästinensischen Autonomiebehörde in die Interpol zu vereiteln. Die israelische Politik vereitle zudem die amerikanischen Bemühungen, die Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern wieder in Gang zu bringen. Die Autonomiebehörde werde ihre Bemühungen fortsetzen, den Status eines Vollmitglieds der Vereinten Nationen zu erreichen und **sich internationalen Organisationen anzuschließen, um die Besatzung zu beenden** (Wafa, 24. September 2017).

Der juristische Kampf

► Das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte (PCHR) (Al-Mayadeen Al-Haq) und der Rat der Palästinensischen Menschenrechtsorganisationen **reichten zu Händen von Fatou Bensouda, der Chefanklägerin des Internationalen Gerichtshofes (ICC), eine Klage ein. Demnach werden Israel Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Judäa, Samaria und Jerusalem vorgeworfen.**

► Die palästinensische Organisation Al-Haq teilte in einer offiziellen Erklärung auf ihrer Website mit, der **Direktor der Organisation, Shawan Jabarin**² habe dem Internationalen Gerichtshof ein 700-seitiges Dokument übergeben, das vierte seiner Art. Darin würden die „Verbrechen“ Israels in Judäa, Samaria und Ostjerusalem dokumentiert. Das Dokument sei für die Chefanklägerin Fatou Bensouda bestimmt (Website Al-Haq, 20. September 2017). Laut Jabarin geht es darum, eine Untersuchung der „Verbrechen“ Israels gegen die palästinensische Bevölkerung zu veranlassen (Al-Aqsa, 20. September 2017). Gleichzeitig hielten vier Nichtregierungsorganisationen im Gazastreifen (PCHR, Al-Mayadeen Center, Al-Dameer und Al-Haq) eine Pressekonferenz unter der Leitung von PCHR-Direktor im Gazastreifen, Raji Al-Surani, der die israelischen Sanktionen gegen die palästinensische Bevölkerung in Judäa, Samaria und Ostjerusalem kritisierte (Al-Haq, 21. September 2017).



Links: Pressekonferenz unter der Leitung Raji Al-Surani in Gaza (Website Al-Haq, 21. September 2017); rechts: Shawan Jabarin mit dem Dokument vor der Einreichung (Al-Haq, 20. September 2017)



Die Völkerrechtsjuristin Nada Kiswanson in Haag, die den palästinensischen Bericht in Empfang nahm (frontlinedefenders, 25. September 2017)

² Shawan Jabarin ist ein ehemaliger Aktivist der Volksfront für die Befreiung Palästinas, eine von George Habash gegründete Terrororganisation, die am internationalen Terror beteiligt war, darunter auch Entführungen und Mordanschläge.

Saeb Erekat gibt seine Krankheit bekannt

► Der Sekretär des PLO-Exekutivkomitees, Saeb Erekat, sagte in einem Interview, **er sei an einer unheilbaren Lungenkrankheit erkrankt, die den kontinuierlichen Verlust der Lungenfunktionen zur Folge habe**. Die Krankheit sei bereits vor fünf Jahren diagnostiziert worden, doch in den letzten Monaten habe sich sein Zustand massiv verschlechtert. Erekat sagte, er warte nun auf eine Lungentransplantation, die in den Vereinigten Staaten durchgeführt werde (Palästinensisches Fernsehen, 21. September 2017). Auf seiner offiziellen Facebook-Seite wurden Genesungswünsche gepostet (Facebook-Seite von Dr. Saeb Erekat, 24. September 2017).



Links: Karikatur, die den Gesundheitszustand des an einem Lungenleiden erkrankten Saeb Erekat und seinen Einsatz für Palästina versinnbildlichen soll: „Ich atme die Heimat“; rechts: Saeb Erekat auf einem Rollstuhl, geführt von Hassam Zmlot, dem Vertreter der Palästinensischen Autonomiebehörde in Washington an einer Konferenz der arabischen und palästinensischen Diaspora in den USA (Facebook-Seite von Dr. Saeb Erekat, 24. September 2017)